

Mit neuem Slogan in die Energieschlacht

«Sicher, sauber, schweizerisch» - so wirbt der Bund für die Energie-Abstimmung. Doch was beinhaltet diese genau?

VON ANTONIO FUMAGALLI

1 Worum geht es am 21. Mai?

Zur Abstimmung gelangt das revidierte Energiegesetz, also das erste Massnahmenpaket der Energiestrategie 2050. Es beinhaltet drei Stossrichtungen: die Förderung von erneuerbaren Energien wie Wasser, Sonne, Wind und Geothermie; die Erhöhung der Energieeffizienz bei gleichzeitiger Senkung des Endenergieverbrauchs sowie das Verbot von neuen Atomkraftwerken. Daraus leitet sich der neue Leitspruch des Bundesrats ab: «Sicher, sauber, schweizerisch», wie es Energieministerin Doris Leuthard gestern vor den Medien formulierte.

2 Warum stimmen wir überhaupt über das Gesetz ab?

Das Parlament hat die Bundesratsvorlage in wesentlichen Punkten ergänzt und gegen den Widerstand der SVP und Teilen der FDP verabschiedet. Die SVP brachte danach - wenn auch mit einiger Anstrengung - erfolgreich das Referendum dagegen zustande.

3 Wie viel Energie verbrauchen Herr und Frau Schweizer?

Der Endenergieverbrauch lag 2015 bei 233 Terawattstunden, wobei mehr als die Hälfte aus Erdölprodukten stammt (Treibstoffe: 34,7 Prozent, Brennstoffe: 16 Prozent). Die Elektrizität macht einen Viertel aus. Insgesamt gaben die Schweizer Konsumenten 2015 26 Milliarden Franken für Energie aus.

Das neue Energiegesetz sieht nun vor, dass bis 2035 der durchschnittliche Energieverbrauch pro Person gegenüber dem Jahr 2000 um 43 Prozent, der durchschnittliche Elektrizitätsverbrauch um 13 Prozent sinken soll. Bereits jetzt ist die Bevölkerung auf gutem Weg: Dank Effizienzsteigerungen ist der Pro-Kopf-Verbrauch in den letzten Jahren gesunken - wenn auch nicht im erwünschten Ausmass.

4 Weniger Energieverbrauch tönt gut. Aber wie soll das genau gehen?

Das grösste Potenzial für Einsparungen sieht der Bund bei den Gebäuden. Aus diesem Grund wurde 2010 das Gebäudeprogramm ins Leben gerufen: Wer in



Im Alpenland Schweiz ist die Wasserkraft entscheidend. Im Bild: der Zervreila-Stausee.

GIAN EHRENZELLER/KEYSTONE

seinem Haus zum Beispiel eine Ölheizung durch eine Wärmepumpe ersetzt oder die Wände besser isoliert, kann einen Zustupf beantragen. Dieser wird über die CO₂-Abgabe und Kantonsbeiträge finanziert. Das Gebäudeprogramm war bisher bis 2019 befristet - wird das Energiegesetz angenommen, läuft es weiter.

Auch beim Verkehr gibt es grosses Sparpotenzial. Die Energiestrategie

trägt dem Rechnung, indem Autos im Schnitt der Neuwagenflotte ab 2021 nur noch 95 g CO₂/km ausstossen dürfen (das entspricht etwa 4,1 Liter Benzin/100 km). Bei den Elektrogeräten schliesslich soll das bewährte System mit technischen Vorschriften fortgeführt werden. Unternehmen, die ihre Stromeffizienz steigern, steht mit dem Energiegesetz mehr Geld zur Verfügung.

5 Steht künftig auf jedem Hügel eine Windturbine?

Kaum. Die Windkraft wird - nicht zuletzt wegen mangelnder Akzeptanz in der Bevölkerung - auch in Zukunft keine zentrale Rolle bei der Stromproduktion spielen. Viel entscheidender ist im Alpenland Schweiz die Wasserkraft: Bereits heute erzeugen die rund 600 Werke knapp 60 Prozent des Stroms, die Energiestrategie sieht eine weitere Steigerung vor.

Die Produktion aus den sogenannten neuen erneuerbaren Energien (Sonnenenergie, Geothermie, Wind und Biomasse) soll bis 2035 fast vervierfacht werden.

6 Und wie soll das alles bezahlt werden?

Seit 2009 fördert der Bund erneuerbare Energien mit der kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV), die Haushalte und Unternehmen über den Netzzuschlag finanzieren. Dieser Zuschlag wird mit dem neuen Gesetz von heute 1,5 auf 2,3 Rappen pro kWh erhöht (zeitlich befristet). Gemäss Bundesrat kostet diese Erhöhung einen durchschnittlichen Haushalt 40 Franken pro Jahr.

7 Die Gegner kalkulieren mit massiv höheren Kosten. Warum?

Das Referendumskomitee rechnet mit jährlichen Mehrkosten von 3200 Franken für eine Familie und bezieht sich dabei auf Annahmen für das zweite Massnahmenpaket der Energiestrategie (das Lenkungsabgaben vorsieht, die an die Bevölkerung rückerstattet würden). Dass dieses im Parlament chancenlos ist, ändert nichts an der Argumentation der Gegner. Sie sagen, dass die Richtwerte so ambitioniert seien, dass sie nur über einen viel teureren als vom Bund prognostizierten Umbau der Energieproduktion zu erreichen ist. Hinzu komme, dass das neue Energiegesetz die Versorgungssicherheit der Schweiz gefährde und die Abhängigkeit vom Ausland erhöhe.

8 Ersetzen dann einfach umwelt-schädliche Gas-Kombikraftwerke die wegfallenden AKWs?

Theoretisch ist das möglich, das Energiegesetz lässt diese Möglichkeit offen. Die Gegner befürchten, dass der Bau von Gas-Kombikraftwerken nötig wird, weil der Produktionsumbau nicht schnell genug vorangehen wird und die wegfallende Bandenergie der AKW nicht rechtzeitig ersetzen kann. Bundespräsidentin Leuthard hält dies jedoch für unrealistisch: «Ich sehe keine politische Möglichkeit, dass in der Schweiz jetzt plötzlich grosse Gaskraftwerke gebaut werden - auch weil es preislich nicht attraktiv genug ist», sagte sie gestern. Hinzu komme, dass solche Werke im Widerspruch zu den Klimazielen stünden, zu denen sich die Schweiz verpflichtet hat.

«Schrittweise aus der Atomkraft aussteigen»

Die Energiestrategie 2050 ist das richtige Instrument, um zu einer sicheren, sauberen und inländischen Energieversorgung zu kommen

Die Schweiz importiert jährlich Energie im Wert von über 10 Milliarden Franken. Wir werden zu über 75 Prozent von ausländischen Energieträgern versorgt und zu über 65 Prozent von fossilen. Wir heizen mit Öl, fahren mit Benzin und Diesel, produzieren Strom aus Uran. Diese Situation ist volkswirtschaftlich, klimapolitisch und strategisch unhaltbar.

Wir müssen raus aus dieser Situation, hin zu einer Energieversorgung, die sicher ist, sauber, möglichst inländisch und überdies zu akzeptablen Preisen erschwinglich. Der einzige bisher aufgezeigte Weg in diese Richtung ist die Energiestrategie 2050.

Die Energiestrategie ist der vernünftige Weg der Kompromisse: Die erneuerbaren Energien werden gefördert, die Förderung wird aber befristet - keine Spur von endloser Subventionitis. Der Preis für die saubere Energie: 40 Franken pro Jahr für eine Durchschnittsfamilie. Die Energieeffizienz

wird z. B. durch die Aufstockung der Beiträge an das Gebäudeprogramm der Kantone gesteigert. Verbesserte Gerätevorschriften und Vorgaben für die Fahrzeugimporteure erhöhen die Effizienz ohne Komforteinbusse.

In einem energiepolitischen Umfeld, in dem ein regelrechter Krieg herrscht (und das tragischerweise sogar Kriege auslöst), lassen sich

nicht alle Probleme auf einen Schlag lösen. Die Gegner der Energiestrategie wollen aber gar nichts tun und festhalten am Geldfluss in die Öl- und Gasförderländer - und damit zu den Scheichs und zu Putin, die sonst immer als Lieblingsfeinde erhalten müssen.

Übrigens: Das Wort «Fukushima» habe ich bis jetzt nicht gebraucht. Die Energiestrategie ist nämlich keineswegs eine Panikreaktion auf den Super-GAU - aber das richtige Instrument, um schrittweise aus der Atomkraft auszusteigen.



PRO
Stefan Müller-Altermatt
Nationalrat (CVP/SO)

DIE DEBATTE

Wie soll die Schweiz künftig Energie produzieren?

Am 21. Mai stimmt die Bevölkerung über das erste Paket der Energiestrategie 2050 ab, das neben dem Verbot von neuen Atomkraftwerken die erneuerbaren Energien fördern und die Energieeffizienz steigern will. Wie sinnvoll ist das? Zwei Nationalräte nehmen Stellung.

Was ist Ihre Meinung?
Diskutieren Sie online mit.
Pro und Kontra



«Der Mittelstand zahlt die Zeche»

Mit dem Energiegesetz wird eine Subventionsmaschinerie aufgebaut, die kostspielig und überflüssig ist

Die Umsetzung der Energiestrategie kostet Wirtschaft und Bevölkerung rund 200 Milliarden Franken. Bis vor kurzem war auch noch für alle klar, dass das zur Abstimmung gelangende Energiegesetz diese hohen Folgekosten auslösen wird. Sogar Bundesrätin Leuthard hat immer gesagt, dass die Ziele der Energiestrategie nur mit Massnahmen zu realisieren seien, die wehtun.

Der Bundesrat hatte auch schon die weitere Etappe geplant und dabei ein neues Klima- und Energielenkungssystem ausgearbeitet. Aus Angst vor dem Volk und der bevorstehenden Abstimmung hat der Nationalrat dieses System vorerst abgelehnt. Dies ist jedoch reine Augenwischerei, denn so oder so werden die Ziele aus dem Energiegesetz wie beispielsweise eine Verbrauchsreduktion von 43 Prozent in den nächsten 18 Jahren nur mit milliardenteuren Massnahmen zu erreichen sein. Davor dürfen wir die Augen nicht verschliessen. Gleichzeitig wird mit dem Energiegesetz eine Subventions-

maschinerie aufgebaut, die kostspielig und überflüssig ist. Der Regulierungsdschungel wird mit zusätzlichen Vorgaben und Verboten verdichtet. Am schlimmsten ist, dass die KMU und der einfache Bürger die Hauptbetroffenen sein werden. Grossbetriebe erhalten erneut Ausnahmen.

Zudem gefährden wir unsere bisher verlässliche Versorgungssicherheit. Energieexperten warnen davor, dass wir die Stromlücken mit dieser Strategie in Zukunft nicht selber decken können. Erneuerbare Energien und Effizienzsteigerungen werden nicht genügen. Dann werden wir vor allem für die Stromversorgung auf Importe angewiesen und vom Ausland abhängig sein. Das ist nicht nur ausserpolitisch ungeschickt, sondern auch umwelt- und wirtschaftspolitisch. Einerseits müssen wir dann etwa Kohlestrom aus Deutschland oder Atomstrom aus Frankreich holen, andererseits ist dieser Import teuer und mit grossen Unsicherheiten behaftet.



KONTRA
Hansjörg Knecht
Nationalrat (SVP/AG)